



1990 Eidgenössische
Volkszählung

2 Grundlagen der Volkszählung

- 2.1 Rechtliche Grundlagen, Auskunftspflicht, Datenschutz
- 2.2 Bundesgesetz und Verordnung über die eidgenössische Volkszählung
- 2.3 Volkszählungen im internationalen Vergleich

2 Grundlagen der Volkszählung

- 2.1 Rechtliche Grundlagen, Auskunftspflicht,
Datenschutz
- 2.2 Bundesgesetz und Verordnung über die
eidgenössische Volkszählung
- 2.3 Volkszählungen im internationalen Ver-
gleich



1990 Eidgenössische
Volkszählung

● Rechtliche Grundlage, Auskunftspflicht und Datenschutz

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung der Zählung sind das Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung von 1860 sowie die Verordnung des Bundesrates vom Jahre 1989, welche die Einzelheiten der Durchführung bestimmt. Gesetz und Verordnung regeln unter anderem die Auskunftspflicht und den Datenschutz.

Gemäss Gesetz und Verordnung ist jede Person oder deren gesetzlicher Vertreter verpflichtet, die Fragen auf dem Personenfragebogen vollständig und wahrheitsgetreu zu beantworten. Beim Gebäudefragebogen sind die Hauseigentümer und ihre Vertreter auskunftspflichtig.

Was sehen Gesetz und Verordnung gegen eine missbräuchliche Verwendung Ihrer Antworten auf dem Fragebogen vor?

Die Behandlung, Verarbeitung und Weitergabe der Daten geschieht unter **vollster Wahrung des Datenschutzes**. Die Daten aus der Volkszählung dürfen nur für nicht personenbezogene Zwecke verwendet werden. Die Daten sind zu anonymisieren; sie dürfen nur ohne Personenbezeichnungen und nur für Zwecke der Statistik, der Forschung und der Planung weitergegeben werden (Art. 3a, Abs. 1 und 2 des Gesetzes). Wer mit der Volkszählung beauftragt ist, untersteht dem Amtsgeheimnis (Art. 3c, Abs. 2 des Gesetzes). Alle mit der Zählung betrauten Personen und Amtsstellen sind verpflichtet, die in den Erhebungspapieren enthaltenen Angaben als geheim zu behandeln. Jeder Kanton hat eine Amtsstelle, die als Kontrollorgan für die Einhaltung des Datenschutzes sorgt. Auf Bundesebene wird die Kontrolle durch das Bundesamt für Justiz ausgeübt. Verstösse gegen das Amtsgeheimnis werden mit Busse oder Gefängnis geahndet.

Was geschieht nun mit Ihren Antworten auf dem Fragebogen, bis sie zu statistischen Ergebnissen verarbeitet werden?

Wenn Sie den Haushaltsumschlag verschlossen zurückgeben, darf **der Zähler bzw. die Zählerin** keinen Einblick in Ihren Personenfragebogen nehmen. Sonst ist das Zählpersonal berechtigt, den Fragebogen für eine erste Überprüfung auf Vollständigkeit der Angaben durchzusehen.

Die **Gemeinde** führt die Vollständigkeitskontrolle der Angaben auf den Fragebogen durch. Sie darf aber die in den Fragebogen enthaltenen Angaben nicht zur Nachführung ihres Einwohnerregisters oder anderer Register verwenden.

Anschliessend werden die Fragebogen von der Gemeinde direkt oder über eine dezentrale Aufarbeitungsstelle an das Bundesamt für Statistik zur Verarbeitung weitergeleitet.

Das **Bundesamt für Statistik** darf Ihren Namen weder speichern, weitergeben noch sonstwie verwenden. Die Personenbezeichnungen dienen lediglich der Vollständigkeitskontrolle und der Möglichkeit eventueller Rückfragen bei Unklarheiten.

Wohnadresse sowie Name und Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule dürfen vorübergehend gespeichert, aber weder weitergegeben noch sonstwie verwendet werden: Das Bundesamt für Statistik verwendet beispielsweise den Namen und die Adresse Ihrer Arbeitsstätte bzw. Ihrer Schule zur Bestimmung des Wirtschaftszweiges (Branchenstatistik) mit Hilfe seines Betriebs- und Unternehmungsregisters. Ferner dienen diese Angaben in Verbindung mit Ihrer Wohnadresse zur Erarbeitung von Statistiken über die Arbeitswege (Pendlerstatistiken). Nach Abschluss der Auswertungen werden Wohnadresse sowie Name und Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule gelöscht. Es werden keine Erkundigungen bei Ihrem Arbeitgeber eingeholt.

Die Fragebogen werden vom Bundesamt für Statistik vernichtet, sobald die Erfassung und Kontrolle der Daten abgeschlossen ist.

Statistische **Ergebnisse der Zählung**, die vom Bundesamt für Statistik oder anderen Stellen veröffentlicht werden, müssen so abgefasst sein, dass sie keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen und ihre Verhältnisse zulassen.



Eidgenössische Volkszählung

431.112 Bundesgesetz vom 3. Februar 1860

431.112.1 Verordnung vom 26. Oktober 1988

Stand am 1. Januar 1990

vom 3. Februar 1860

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in den Bericht und Antrag des Bundesrates vom 28. Januar 1860²⁾,
beschliesst:*

Art. 1¹⁾

Eine allgemeine schweizerische Volkszählung wird alle zehn Jahre durchgeführt. Die nächste Volkszählung findet im Jahre 1990 statt.

Art. 2

Dieselbe wird im Monat Dezember ausgeführt. Den nähern Zeitpunkt und die Dauer bestimmt der Bundesrat.

Art. 3¹⁾

Der Bundesrat legt das Erhebungsprogramm fest und regelt die Durchführung der Volkszählung.

Art. 3a³⁾

¹⁾ Die Daten aus der Volkszählung dürfen nur für nicht personenbezogene Zwecke verwendet werden.

²⁾ Sobald die Bereinigung abgeschlossen ist, sind die Daten zu anonymisieren. Sie dürfen nur ohne Personenbezeichnungen und nur für Zwecke der Statistik, der Forschung und der Planung weitergegeben werden.

³⁾ Personenbezeichnungen dürfen nicht gespeichert werden und sind zu vernichten, sobald die Bereinigung der Merkmale abgeschlossen ist.

⁴⁾ Die Ergebnisse der Datenbearbeitung dürfen nur so veröffentlicht werden, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind.

BS 4 283

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 23. Juni 1988, in Kraft seit 1. Jan. 1989 (AS 1988 1912 1914; BB1 1988 I 149).

²⁾ BB1 1860 I 293

³⁾ Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 23. Juni 1988, in Kraft seit 1. Jan. 1989 (AS 1988 1912 1914; BB1 1988 I 149).

Art.3b¹⁾

¹ Der Bundesrat erlässt nähere Bestimmungen über den Datenschutz, insbesondere über die Rechte der Auskunftspflichtigen sowie über die Vernichtung der Erhebungspapiere nach der Datenerfassung.

² Der Bundesrat und die Kantone bestimmen für ihren Bereich eine Amtsstelle, welche für die Einhaltung des Datenschutzes sorgt.

Art.3c¹⁾

¹ Auskunftspflichtig sind natürliche Personen für sich und für Personen, die von ihnen gesetzlich vertreten werden, Hauseigentümer und ihre Vertreter sowie die vom Bundesrat bezeichneten Personen in Kollektivhaushalten.

² Wer mit der Volkszählung beauftragt ist, untersteht dem Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB²⁾).

³ Wer vorsätzlich die Fragen nicht vollständig oder falsch beantwortet, die Erhebungspapiere trotz Mahnung nicht innert Frist den Zählorganen zurückgibt oder auf andere Weise vorsätzlich seine Auskunftspflichten verletzt, wird mit Busse bis zu 3000 Franken bestraft.

⁴ Die Strafverfolgung ist Sache der Kantone.

Art.4³⁾

Die Kosten der allgemeinen Anordnungen der Volkszählung und für die Ermittlung der Gebäudekoordinaten werden vom Bund getragen.

Art.5

Der Bundesrat hat dieses Gesetz unter Mitwirkung der Kantone zu vollziehen.

¹⁾ Eingefügt durch Ziff.I des BG vom 23.Juni 1988, in Kraft seit 1.Jan. 1989 (AS 1988 1912 1914; BBl 1988 I 149).

²⁾ SR 311.0

³⁾ Fassung gemäss Ziff.I des BG vom 23.Juni 1988, in Kraft seit 1.Jan. 1989 (AS 1988 1912 1914; BBl 1988 I 149).

Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung 1990

431.112.1

vom 26. Oktober 1988

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf das Bundesgesetz vom 3. Februar 1860¹⁾ über die eidgenössische Volkszählung,

verordnet:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck der Zählung

¹ Die Volkszählung soll den Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, den verschiedenen Kreisen der Wirtschaft, des sozialen, politischen und kulturellen Lebens, den Hochschulen und übrigen Trägern von Forschung und Lehre sowie allen weiteren Interessenten statistische Daten zur Verfügung stellen, die als Grundlage für Planungen und Entscheide, zu Zwecken der Forschung oder zur Information der Öffentlichkeit erforderlich sind.

² Die Zählung soll Aufschluss geben über:

- a. den Bestand und die räumliche Verteilung der Wohnbevölkerung;
- b. die demographische und sozio-ökonomische Struktur der Bevölkerung;
- c. den Bestand, die räumliche Verteilung und die Struktur der Wohnungen und der einem Wohnzweck dienenden Gebäude;
- d. die Wohnverhältnisse der Bevölkerung.

³ Die Zählung soll Bund, Kantonen und Gemeinden Grundlagen für andere Statistiken liefern.

Art. 2 Erhebungsbereich

¹ Die Zählung erfasst:

- a. alle Personen, die in der Schweiz wohnhaft sind;
- b. alle Wohnungen;
- c. alle Gebäude, die ganz oder teilweise einem Wohnzweck dienen.

² Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde zählt jede Person, die den wirtschaftlichen Wohnsitz in der Gemeinde hat. Der Anhang regelt die Bestimmung des wirtschaftlichen Wohnsitzes.

AS 1988 1915

¹⁾ SR 431.112

Art. 3 Merkmale der Wohnbevölkerung

¹ Mit der Zählung werden bei der Wohnbevölkerung ermittelt:

a. als Erhebungsmerkmale:

1. das Geburtsdatum, der Geburtsort, das Geschlecht, der Zivilstand, die Stellung im Haushalt, die Sprache, die Konfession, die Nationalität, der wirtschaftliche Wohnsitz, der zivilrechtliche Wohnsitz sowie der Wohnsitz fünf Jahre vor der Zählung,
2. bei Ausländern die Art der Aufenthaltsbewilligung,
3. die Erwerbs- oder sonstige Tätigkeit, die Ausbildung sowie der Beruf und die berufliche Stellung,
4. der Standort der Arbeitsstätte bzw. der Schule, die Benützung von Verkehrsmitteln auf dem Weg zur Arbeit bzw. zur Schule sowie der Zeitbedarf für diesen Weg;

b. als Hilfsmerkmale: die Adresse des Wohnortes oder der Wohnorte, der Name und die Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule;

c. als Personenbezeichnung: der Name und der Vorname.

² Als weiteres Erhebungsmerkmal wird mit Hilfe des Namens und der Adresse der Arbeitsstätte sowie des Betriebs- und Unternehmensregisters (BUR) der Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte bestimmt.

Art. 4 Merkmale der Gebäude und Wohnungen

Mit der Zählung werden bei den Eigentümern über die ganz oder teilweise einem Wohnzweck dienenden Gebäude und deren Wohnungen ermittelt:

- a. als Erhebungsmerkmale der Gebäude: der Standort des Gebäudes, die Art des Gebäudes, die Bauperiode, der Zeitpunkt der letzten Renovation, die Geschosshöhe, der Eigentübertypus, die Heizungsart, die Warmwasserversorgung und die verwendeten Energieträger bzw. Heizsysteme für die Heizung und die Warmwasseraufbereitung;
- b. als Erhebungsmerkmale der Wohnungen: das Stockwerk, die Zahl der Wohnräume, das Vorhandensein einer Küche, die Fläche, der Bewohnertypus, der Mietpreis und die Art der Belegung;
- c. als Hilfsmerkmal: die Adresse des Eigentümers und der Verwaltung;
- d. als Personenbezeichnung: der Name und Vorname des Eigentümers sowie des Wohnungsinhabers.

Art. 5 Erhebungs- und Hilfspapiere

¹ Für die Zählung werden die folgenden Erhebungspapiere verwendet:

- a. Personenfragebogen;
- b. Gebäudefragebogen mit Teil für Wohnungsangaben;
- c. verschliessbare Umschläge für Privathaushalte;
- d. verschliessbare Umschläge für Kollektivhaushalte;
- e. Personenlisten für Kollektivhaushalte.

² Für die Zählung werden die folgenden Hilfspapiere verwendet:

- a. Kontroll-Listen der Zählkreise;
- b. Zählkreiszusammenzüge der Gemeinden.

Art. 6 Stichtag der Zählung

Stichtag der Zählung ist Dienstag, der 4. Dezember 1990.

Art. 7 Nacherhebung

Im Anschluss an die Zählung wird auf Stichprobenbasis eine Nacherhebung durchgeführt, die der Kontrolle der Hauptzählung dient.

Art. 8 Auskunftspflicht

¹ Die Erhebungspapiere der Zählung und der Nacherhebung sind vollständig und wahrheitsgetreu auszufüllen und zurückzugeben.

² Es sind zu beantworten:

- a. die Fragen zur Person: von jeder natürlichen Person für sich und für Personen, die von ihr gesetzlich vertreten werden; soweit Personen, die in Anstalten, Heimen und ähnlichen Kollektivhaushalten wohnen, nicht in der Lage sind zu antworten, müssen die Fragen zur Person von der Leitung des Kollektivhaushaltes beantwortet werden;
- b. die Fragen zu den Gebäuden und Wohnungen: von den Eigentümern oder ihren Vertretern.

³ In Strafanstalten und psychiatrischen Kliniken werden Namen und Vornamen der Insassen weggelassen.

⁴ Von Personen mit zwei oder mehreren Wohnorten wird an jedem Wohnort ein beantworteter Personenfragebogen benötigt.

⁵ Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf Personen, die am Stichtag der Zählung vorübergehend abwesend sind.

Art. 9 Zusatzerhebungen

¹ Das Eidgenössische Departement des Innern kann Kantone und Gemeinden ermächtigen, mit der Zählung andere statistische Erhebungen zu verbinden.

² Die Ermächtigung ist bis zum 1. März 1990 einzuholen. Sie wird erteilt, wenn die ordnungsgemässe Durchführung der Zählung nicht gefährdet wird und der Datenschutz für die Zusatzerhebungen gewährleistet ist. Die vorgesehenen Erhebungspapiere sind dem Gesuch beizulegen.

2. Abschnitt: Durchführung der Zählung

Art. 10 Zuständige Behörden

¹ Die Zählung wird unter der Leitung des Bundesamtes für Statistik (Bundesamt) durchgeführt.

² Die Kantone bestimmen eine Amtsstelle, die für die Durchführung der Zählung auf dem Kantonsgebiet verantwortlich ist und die als Verbindungsstelle zwischen den Gemeindebehörden und dem Bundesamt dient.

³ Die Zählung wird nach den politischen Gemeinden, im Kanton Thurgau nach den Ortsgemeinden durchgeführt.

⁴ Die Gemeinden sind für die vollständige Zählung im Gemeindegebiet verantwortlich.

⁵ Die Gemeinden bezeichnen eine Amtsstelle oder eine Amtsperson, die für die Durchführung der Zählung, die Kontrolle und Vervollständigung der Erhebungs- und Hilfspapiere zuständig ist.

⁶ Die Nacherhebung wird vom Bundesamt durchgeführt.

Art. 11 Erhebungsunterlagen

¹ Das Bundesamt arbeitet die Erhebungs- und Hilfspapiere aus.

² Das Bundesamt erstellt Anleitungen für die Gemeindebehörden und die Zähler.

Art. 12 Koordinaten der Gebäude

¹ Die Gemeinden liefern dem Bundesamt die Koordinaten der Gebäude oder stellen die Angaben zusammen, die dem Bundesamt die Bestimmung der Koordinaten der Gebäude erlauben.

² Das Bundesamt unterstützt die Gemeinden bei dieser Aufgabe und definiert die Form, in der die Koordinaten bzw. die nötigen Angaben geliefert werden sollen.

Art. 13 Instruktionskurse

¹ Das Bundesamt führt für die kantonalen Verbindungsstellen Instruktionskurse durch.

² Die Kantone instruieren ihrerseits die Gemeindebehörden. Das Bundesamt stellt ihnen zu diesem Zweck Hilfsmittel zur Verfügung.

Art. 14 Information der Öffentlichkeit

¹ Das Bundesamt informiert die Öffentlichkeit über Notwendigkeit, Nutzen und Ablauf der Zählung sowie über die getroffenen Datenschutzmassnahmen. Es kann sich von aussenstehenden Experten beraten lassen.

² Die Kantone und Gemeinden können eigene Informationsmassnahmen treffen. Sie koordinieren diese mit dem Bundesamt.

Art. 15 Zustellung der Erhebungsunterlagen

¹ Die Unterlagen für die Erhebung der Gebäude und Wohnungen werden den Gemeinden im Mai 1990 zugestellt. Die Gebäudefragebogen werden rechtzeitig durch Zähler oder per Post an die Eigentümer der Gebäude und Wohnungen oder ihre Vertreter verteilt.

² Die Unterlagen für die Erhebung der Personen werden den Gemeinden im September 1990 zugestellt. Die Gemeinden verteilen die Erhebungspapiere für die Personen an die Bevölkerung. In der Regel erfolgt die Verteilung durch Zähler. Das Bundesamt kann die Gemeinden ermächtigen, die Erhebungspapiere per Post zu versenden. Die Ermächtigung ist bis zum 1. März 1990 einzuholen.

Art. 16 Vorausfüllung der Fragebogen

¹ Das Bundesamt kann die Gemeinden ermächtigen, Namen, Adresse und weitere in ihren Registern enthaltenen Daten maschinell in die Antwortfelder der Fragebogen einzusetzen, bevor die Fragebogen an die Auskunftspflichtigen verteilt werden. Die Ermächtigung ist bis zum 1. Mai 1989 einzuholen.

² Die Verteilung der mit andern Angaben als Namen und Adresse bedruckten Personenfragebogen an die Auskunftspflichtigen erfolgt in verschlossenen Umschlägen.

³ Die Auskunftspflichtigen können verlangen, dass ihnen ein leerer Fragebogen abgegeben wird.

Art. 17 Rückgabe der Erhebungspapiere

¹ Die Auskunftspflichtigen haben die ausgefüllten Erhebungspapiere innerhalb der festgesetzten Fristen zurückzugeben.

² Die Gebäudefragebogen werden an die Zähler oder mit der Post an die Gemeinden zurückgegeben.

³ Die Rückgabe der Erhebungspapiere für die Personen erfolgt in der Regel an die Zähler. Das Bundesamt kann die Gemeinden ermächtigen, die Rückgabe mit der Post vorzusehen. Die Ermächtigung ist bis zum 1. März 1990 einzuholen.

⁴ Die Gemeinden sorgen dafür, dass ausstehende Erhebungspapiere bei den Auskunftspflichtigen eingefordert werden.

Art. 18 Zähler

¹ Die Gemeinden können für das Verteilen und Einsammeln der Erhebungspa-

piere Zähler einsetzen. Die Gemeinden sorgen dafür, dass die Zähler über den Zweck der Erhebung und über ihre Aufgaben unterrichtet werden.

² Die Zähler verpflichten sich schriftlich zu Verschwiegenheit, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Sie sind beim Beantworten der Fragen behilflich, wenn die Auskunftspflichtigen dies wünschen.

³ Die Zähler dürfen keinen Einblick in die Fragebogen nehmen, die ihnen im verschlossenen Umschlag zurückgegeben werden.

Art. 19 Vervollständigung der Erhebungs- und Hilfspapiere durch die Gemeinden

¹ Die Gemeinden überprüfen die eingegangenen Erhebungspapiere auf ihre Vollständigkeit.

² Fehlen Angaben, so vervollständigen die Gemeinden die Erhebungspapiere mit Daten, über welche sie verfügen. Ist dies nicht möglich, holen sie die fehlenden Angaben bei den Auskunftspflichtigen ein.

³ Auf Erhebungspapieren, die nicht zugestellt werden konnten, setzen die Gemeinden die Daten ein, über welche sie verfügen.

⁴ Die Gemeinden vervollständigen die Kontroll-Listen der Zählkreise und erstellen den Zählkreiszusammenzug der Gemeinde.

Art. 20 Weiterleitung an das Bundesamt

¹ Die Gemeinden liefern die Erhebungs- und Hilfspapiere bis zum 31. Dezember 1990 dem Bundesamt ab. Der Kanton kann im Einvernehmen mit dem Bundesamt bestimmen, dass die Ablieferung an die kantonale Verbindungsstelle erfolgt.

² In begründeten Fällen kann das Bundesamt die Ablieferungsfrist verlängern.

Art. 21 Vervollständigung der Erhebungs- und Hilfspapiere durch das Bundesamt

Das Bundesamt kann zur Vervollständigung der Erhebungs- und Hilfspapiere Daten aus seinem Betriebs- und Unternehmensregister sowie aus dem Zentralen Ausländerregister des Bundesamtes für Ausländerfragen übernehmen. Ist dies nicht möglich und ist Vollständigkeit für die korrekte Auswertung notwendig, so holt es die fehlenden Angaben bei der Gemeinde oder dem Auskunftspflichtigen ein.

Art. 22 Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse

¹ Das Bundesamt erstellt ein Auswertungs- und Publikationsprogramm. Die wichtigsten Ergebnisse werden fortlaufend veröffentlicht. Alle Ergebnisse werden der Öffentlichkeit auf geeigneten Datenträgern zugänglich gemacht.

² Bei der Auswertung der Daten arbeitet das Bundesamt mit anderen Statistikstellen sowie mit Forschern und Forschungsstätten zusammen.

3. Abschnitt: Sicherstellung des Datenschutzes

Art. 23 Amtsgeheimnis und Sorgfaltspflicht

¹ Wer mit Aufgaben der Volkszählung beauftragt ist, untersteht dem Amtsgeheimnis und ist verpflichtet, die während der Zählung erworbenen Informationen und die in den Erhebungspapieren und Kontroll-Listen enthaltenen Angaben gegenüber Dritten geheim zu behandeln.

² Die mit der Volkszählung beauftragten Personen sorgen für einen sicheren Transport und eine sichere Aufbewahrung der Erhebungspapiere und Kontroll-Listen.

Art. 24 Verwendung der Merkmale, Anonymisierung

¹ Die Erhebungsmerkmale dürfen für nicht personenbezogene Zwecke gespeichert und weiterverarbeitet werden.

² Die Hilfsmerkmale dienen der Vollständigkeitskontrolle der Zählung sowie der Bestimmung von Erhebungsmerkmalen. Sie dürfen zu diesem Zwecke vorübergehend gespeichert, aber weder weitergegeben noch sonstwie verwendet werden. Nach der Bestimmung der Erhebungsmerkmale sind sie zu löschen.

³ Die Personenbezeichnungen dienen der Vollständigkeitskontrolle der Zählung sowie der Bestimmung von Erhebungsmerkmalen. Sie dürfen weder gespeichert noch weitergegeben oder sonstwie verwendet werden. Nach der Bestimmung der Erhebungsmerkmale sind sie zu vernichten.

Art. 25 Vernichtung der Erhebungspapiere

Das Bundesamt vernichtet die Erhebungspapiere, sobald Erfassung und Kontrolle der Daten abgeschlossen sind.

Art. 26 Weitergabe von Einzeldaten

¹ Das Bundesamt darf die auf Datenträgern gespeicherten Erhebungsmerkmale als Einzeldaten weitergeben:

- a. an Statistikstellen des Bundes, der Kantone und Gemeinden für statistische Arbeiten;
- b. an Forschungs- und Planungsstellen für eigene statistische Arbeiten;
- c. an weitere Institutionen, die vom Bund mit statistischen Arbeiten betraut werden.

² Die Weitergabe ist nur zulässig, wenn der Datenschutz gewährleistet ist und die notwendigen vertraglichen Abmachungen getroffen sind.

³ Die Empfänger dürfen die übermittelten Einzeldaten Dritten nicht bekanntgeben.

⁴ Die Empfänger müssen die erhaltenen Daten nach Abschluss der Arbeiten dem Bundesamt zurückgeben oder vernichten. Die Statistikstellen der Kantone und Gemeinden sind für ihre Gebiete von dieser Pflicht ausgenommen.

Art. 27 Verbreitung der Ergebnisse

Statistische Ergebnisse der Zählung, die vom Bundesamt oder anderen Stellen veröffentlicht oder sonstwie zugänglich gemacht werden, müssen so abgefasst sein, dass sie keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen und ihre Verhältnisse zulassen.

Art. 28 Zuständige Kontrollorgane

¹ Die Kantone bestimmen eine Amtsstelle (Kontrollorgan), welche für die Einhaltung des Datenschutzes sorgt. Sie darf nicht identisch sein mit der in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Stelle. Die Bearbeitung von Personendaten darf nicht Teil ihres üblichen Aufgabenbereiches sein.

² Auf Bundesebene wird die Kontrolle durch das Bundesamt für Justiz (Dienst für Datenschutz) ausgeübt. Wenn eine kantonale oder eine städtische Amtsstelle im Auftrag des Bundesamtes die Aufarbeitung der Erhebungspapiere besorgt, bleibt das kantonale Kontrollorgan zuständig.

³ Die Kontrollorgane handeln unabhängig und ohne Instruktionen.

Art. 29 Aufgaben der Kontrollorgane

¹ Die Kontrollorgane erfüllen folgende Datenschutz-Aufgaben:

- a. sie wirken mit bei der Instruktion der mit der Zählung beauftragten Stellen und Personen;
- b. sie überwachen das Sammeln und die Verarbeitung der Daten sowie die Kontrolle, die Vervollständigung, den Transport und die Aufbewahrung der Erhebungspapiere und Kontroll-Listen;
- c. sie beraten die mit der Zählung beauftragten sowie die auskunftspflichtigen Stellen und Personen in Datenschutzfragen.

² Das Kontrollorgan kann Massnahmen fordern, um Mängel und Unregelmässigkeiten beim Datenschutz zu beheben.

³ Bei schweren Verstössen oder bei Missachtung von geforderten Massnahmen kann Strafverfolgung eingeleitet werden.

⁴ Alle Personen und Stellen, die mit der Durchführung der Zählung beauftragt sind, sind gehalten, mit dem Kontrollorgan zusammenzuarbeiten.

4. Abschnitt: Kosten der Zählung

Art. 30 Verteilung der Kosten

¹ Der Bund trägt die Kosten für die von ihm geleistete Öffentlichkeitsarbeit, die Erhebungsunterlagen, die Nacherhebung, die Aufarbeitung der Erhebungspapiere sowie für die Veröffentlichung der Ergebnisse durch das Bundesamt.

² Er leistet Beiträge für die Teilnahme an den Instruktionkursen des Bundes und der Kantone.

³ Er trägt die Kosten für die Ermittlung der Gebäudekoordinaten.

⁴ Die Kantone tragen die Kosten für die Erhebung auf ihrem Gebiet und für die Entschädigung der beteiligten Organe. Die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten richtet sich nach dem kantonalen Recht.

⁵ Die Kosten von Zusatzerhebungen gehen zu Lasten der Behörden, die sie veranlassen.

Art. 31 Posttaxen

¹ Der Bund übernimmt für die folgenden Postsendungen, die für die Zählung aufgegeben werden, die Taxen pauschal:

- a. Sendungen bis 20 kg im Verkehr zwischen Behörden und Amtsstellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden;
- b. Sendungen bis 5 kg im Verkehr zwischen Behörden, Amtsstellen der Gemeinden und Zählern;
- c. für Pakete über 5 kg auch die Zustelltaxe.

² Auf den Sendungen sind der Absender anzugeben sowie die Vermerke «Pauschal frankiert» und «Eidgenössische Volkszählung 1990» anzubringen.

³ Die Taxen für Sendungen im Verkehr zwischen Behörden, Amtsstellen, Zählern und Privaten trägt der Absender.

⁴ Im Falle der bewilligten postalischen Rückgabe der Erhebungspapiere gemäss Artikel 17 gehen die Taxen zu Lasten der Amtsstellen der Kantone und Gemeinden.

Art. 32 Bahntaxen

¹ Der Bund übernimmt die Taxen für den Bahntransport von Erhebungsunterlagen zwischen Behörden und Amtsstellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.

² Die Sendungen sind mit Frachtbriefen aufzugeben, die auch die Transporte zwischen Absender und Versandbahnhof sowie Bestimmungsbahnhof und Empfänger einschliessen. Die Frachtbriefe können beim Bundesamt bezogen werden.

5. Abschnitt: Inkrafttreten

Art. 33

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1989 in Kraft.

Regeln zur Bestimmung des wirtschaftlichen Wohnsitzes

1. Der wirtschaftliche Wohnsitz ist die Gemeinde, in der sich eine Person mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält.
2. Der Absicht dauernden Verbleibens gleichgestellt ist die Tatsache, dass eine Person in der Zählgemeinde oder in deren Umgebung erwerbstätig ist bzw. eine Schule besucht, ohne täglich an ihren zivilrechtlichen Wohnsitz zurückzukehren.

Ausnahme: Das in der Schweiz wohnende Personal von Vertretungen fremder Staaten und internationaler Organisationen mit seinen Angehörigen, soweit ihm diplomatischer Status zukommt, zählt nicht zur Wohnbevölkerung der Schweiz.

3. Personen, die weder erwerbstätig sind noch eine Schule besuchen und die sowohl einen wirtschaftlichen wie auch einen zivilrechtlichen Wohnsitz angeben, haben ihren wirtschaftlichen Wohnsitz in der Zählgemeinde, sobald sie sich seit mehr als sechs Monaten in dieser Gemeinde aufhalten.

Ausnahme: Pensionäre in Alters- und Pflegeheimen, Waisenhäusern, Erziehungsheimen und Klöstern werden in jedem Falle in der Gemeinde als wohnhaft betrachtet, in der das Heim oder die Institution liegt.

4. Asylbewerber sowie Personen ohne ständigen Wohnsitz werden am Aufenthaltsort zur Zeit der Zählung als wohnhaft gezählt.



1990 Eidgenössische
Volkszählung

Volkszählungen im Internationalen Vergleich

Die Schweizer Volkszählung bildet keineswegs eine Ausnahme. Es gibt kaum ein Land, das nicht regelmässig auf irgendeine Art eine Gesamterhebung seiner Bevölkerung durchführt.

In den Jahren um 1990 findet in über 130 Ländern eine Volkszählung statt. Die zeitliche Durchführung bei unseren Nachbarländern präsentiert sich wie folgt:

Bundesrepublik Deutschland	25. Mai 1987	(abgeschlossen)
Frankreich	März 1990	
Fürstentum Liechtenstein	4. Dezember 1990	(schliesst sich der Schweiz an)
Oesterreich	Mai 1991	
Italien	Herbst 1991	

Bei der inhaltlichen Gestaltung der Fragebogen stützen sich die meisten Länder, wie die Schweiz, auf die Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN) und der Europäischen Gemeinschaften (EG). Auf den nachfolgenden Seiten befinden sich eine Uebersicht sowie ein Vergleich der Verfahren und rechtlichen Regelungen in Europa und den USA.

Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN) und der europäischen Gemeinschaften (EG) zu den
Volkszählungen und ihre Berücksichtigung im eidgenössischen Volkszählungskonzept

UN-Merkmale	Grund- merkmale = G Zusatz- merkmale = Z	EG-Merkmale	Berücksichtigung in der Volkszählung 1990
Gesamtbevölkerung am gewöhn- lichen Wohnort	G	Gesamtbevölkerung	ja
Regionale Gliederung		Regionale Gliederungen und Stadt-/Landgliederung	ja
städtische-, halbstädtische oder ländliche Gebiete	G		ja (Ort)
Früherer Wohnsitz (Ort/Dauer)	G		
Alter	G	Alter	ja
Geschlecht	G	Geschlecht	ja
Zivilstand	G	Zivilstand	ja
Staatsangehörigkeit/ Geburtsland: nation. und/oder ethn. Zuge- hörigkeit	G	Staatsangehörigkeit	ja
Geburtsort	Z	-	nein
Konfession	Z	-	ja
Sprache	Z	Konfession Sprache	ja
Gesamtzahl der lebend ge- borenen Kinder	Z	-	nein
Datum der ersten Ehe- schliessung	Z	Heiratsalter	nein
-	-	Beteiligung am Er- werbsleben	ja
Art der Tätigkeit	G	-	ja
Beruf	G	Beruf	ja
Zweitberuf	Z	-	nein
Stellung im Beruf	G	Stellung im Beruf	ja
Hauptquelle des Lebens- unterhaltes	Z	-	nein
Einkommen	Z	Einkommen	nein
Geleistete Arbeitszeit	Z	Wöchentl. Arbeitszeit	ja
Dauer der Arbeitslosigkeit	Z	-	nein
Wirtschaftszw./Be- schäftigungssektor	G	Wirtschaftszweig	ja
Sozio-ökonomische Gruppe	G	Sozio-ökonomische Gliederung	ja
Anzahl der vom Arbeit- geber beschäftigten Personen	Z	-	nein
Arbeitsort	G	Arbeitsort (Adresse)	ja
Ort der Schule/Universität	Z	-	ja
Fahrt zur Arbeit	Z	-	ja
Bildungsstand	G	Bildungsstand	ja
Höchster Schulabschluss	Z	Höchster Schulabschluss	ja
Haushaltsgrösse	G	Haushaltsgrösse	ja
Haushaltstyp	G	Haushaltstyp	ja
Anzahl der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder	G	Erwerbspersonen im Haushalt	ja
Anzahl der Kinder unter einem bestimmten Alter	G	Anzahl der Kinder unter einem bestimmten Alter	ja
Anzahl der Haushaltsmit- glieder im Rentenalter	G	Anzahl der Personen im Haushalt im Alter von 65 und mehr Jahren	ja
Familientyp	G	-	ja
Familiengrösse	G	-	ja

Empfehlungen der Vereinten Nationen (UN) und der europäischen Gemeinschaften (EG) zu den
Volkszählungen und ihre Berücksichtigung im eidgenössischen Volkszählungskonzept

UN-Merkmale	Grund- merkmale = G Zusatz- merkmale = Z	EG-Merkmale	Berücksichtigung in der Volkszählung 1990
Ort der Wohnung	G	Ort der Wohnung	ja
Art der Wohnung	G	Art der Wohnung	ja
Leerstehende Wohnung	Z	Leerstehende Wohnungen, Freizeit- und Zweit- wohnungen	ja (Leer- und Zweit- wohnungen)
Wohnverhältnisse, Besitzstatus (Miete/Eigentum)	G	Wohnverhältnis (Miete/Eigentum)	ja
Zahl der Haushalte in der Wohnung	G	-	ja
Zahl der Personen in der Wohnung	G	Zahl der Personen in der Wohnung	ja
Zahl der Räume	G	Zahl der Räume	ja
Art des Leerstehens	Z	-	ja
Miete	Z	-	ja
Gebrauchsgüter im Besitz des Haushalts	Z	-	nein
Wasserversorgungssystem	G	Leitungswasser in der Wohnung	nein
Heisswasser	Z	-	ja
Art des Abwassersystems	Z	-	nein
Heizungsart	G	Sammelheizung	ja
Energieträger	Z	Energieträger	ja
Elektrizität	Z	-	ja
Leitungsgas	Z	-	ja
Küche	G	Küche	ja
Toilette, Bad, Dusche	G	Toilette, Bad, Dusche	nein
Telefonanschluss	Z	-	nein
Gebäudeart (Landwirtsch. Gebäude ja/nein)	G	-	ja
-	G	Einfamilienhaus, Zwei- familienhaus, Mehr- familienhaus, Sonstige Wohneinheit	Landw. nein ja
Baujahr	G	-	ja (Bauperiode)
Baumaterial	Z	-	nein
-	-	-	-
Anzahl Stockwerke	Z	-	ja
Lift	Z	-	nein
Anzahl der Wohnungen/Räume	Z	Wohnungen insgesamt	ja

Merkmale im Fragenprogramm der Volkszählung in der Schweiz und in anderen Ländern

Merkmal	Schweiz 1990	Schweiz 1980	Bundes- republik Deutsch- land 1987	Gross- britan- nien und Nord- irland 1981	Italien 1981	Luxem- burg 1981	Oester- reich 1981	Ungarn 1980	Belgien 1981	Frank- reich 1982	Irland 1986	USA 1980	Kanada 1986	Japan 1985	Austra- lien 1986
Fragen zur Person															
Alter	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Geschlecht	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Zivilstand	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Staatsangehörigkeit	X	X	X	-	X	X	X	-	X	X	-	X	X	X	X
Konfession 1)	X	X	X	-	-	-	X	-	-	-	-	-	-	-	X
Geburtsort/Geburtsland ..	X	X	-	X	X	-	-	-	X	-	X	X	X	-	X
Früherer Wohnort	X	X	-	X	-	X	X	-	X	X	X	X	X	-	X
Sprache	X	X	-	-	-	-	X	X	-	-	X	X	X	-	X
Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X	X	-	X
Jahr der Einwanderung in der Aufenthaltszeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X	X	X	-	X
Fragen zur Beteiligung am Erwerbsleben															
Beschäftigungs-Status ...	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Beruf	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Stellung im Beruf	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Arbeitsort	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Wirtschafts-/ bzw. Beschäftigungssektor	X	X	X	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Geleistete Arbeitszeit 1) ..	X	X	X	-	-	X	X	-	X	-	-	X	X	-	X
Verkehrsmittel für die Fahrt zur Arbeit 1)	X	X	X	X	X	X	X	-	X	-	X	X	-	-2)	X
Zeitbedarf für den Weg zum Arbeitsort 1)	X	X	X	-	X	X	X	-	X	-	X	X	-	-2)	-
Fragen zur Bildung															
Höchster Schulabschluss ..	X	X	X	-	X	-	X	X	X	X	X	X	X	-2)	X
Diplome usw. sowie Fach- richtung	X	X	X	X	X	-	X	X	X	X	X	-	X	-2)	X
Fragen zur Ehe															
frühere Ehe	-	X	-	-	-	-	X	X	X	-	-	X	-	-	X
Zahl der (lebend- geborenen) Kinder	-	X	-	-	-	X	X	X	X	-	-	X	-	-	X
Geburtsdaten der Kinder ..	-	X	-	-	-	-	X	-	X	-	-	-	-	-	-
Fragen zum Gebäude															
Gebäudeart	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	-	X	X	X	X
Baujahr (-periode)	X	X	X	-	X	X	X	X	X	X	-	X	X	-	-
Anzahl der Stockwerke 1) ..	X	X	-	X	X	-	X	-	-	-	-	X	-	X	-
Fragen zur Wohnung															
Wohnverhältnis, Besitzer- status	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	-	X	X	X	X
Zahl der Räume	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	-	X	X	X	X
Miete 1)	X	X	X	-	-	X	X	-	-	-	-	X	X	-	X
Fläche der Wohnung 1) ...	X	X	X	-	X	X	X	X	X	X	-	-	-	X	-
Küche	X	X	X	-	X	X	X	X	X	X	-	X	-	-	X
Toilette, Bad, Dusche ...	-	X	X	X	X	X	X	X	X	X	-	X	-	-	X
Art des Abwassersystems ..	-	X	-	-	X	-	X	X	-	X	-	X	-	-	-
Heizung	X	X	X	-	X	X	X	X	X	X	-	X	X	-	-
Baumaterial 1)	-	-	-	-	X	-	X	X	-	-	-	-	-	-	-
Fahrrad 1)	-	X	-	-	-	-	X	-	-	-	-	X	-	-	-
Fläche des Grundstücks ..	-	-	-	-	-	-	X	-	-	-	-	-	-	-	-
Bebaute Fläche	-	-	-	-	-	-	X	-	-	-	-	X	-	-	-
Finanzielle Belastungen durch Steuern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X	X	-	-
Versicherungen oder sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X	X	-	X
Wasserversorgungs- system 1)	-	-	-	-	X	X	X	-	X	X	-	X	-	-	-
Heisswasser 1)	X	X	-	-	-	X	-	-	-	-	-	X	X	-	-
Ausstattung der Wohnung mit Gebrauchsgütern 1) ..	-	-	-	-	-	X	-	-	-	X	-	X	-	-	-
Telefonanschluss 1)	-	-	-	-	-	X	-	-	X	-	-	X	-	-	-
Kraftfahrzeuge im Haushalt 1)	-	-	-	X	-	X	-	-	X	X	-	X	-	-	X

1) Die hier aufgeführten Merkmale sind - bis auf das Merkmal früherer Wohnort - in den UN/ECE-Empfehlungen für 1990 als sogenannte Zusatzmerkmale vorgeschlagen

2) Bei der Volkszählung in der Mitte der Dekade handelt es sich um ein verkürztes Fragenprogramm. Bei den Zählungen am Anfang der Dekade werden auch diese Merkmale erfragt

Volkszählungen in Europa und in den USA: Vergleich der Verfahren und rechtlichen Regelungen

Merkmale	Schweiz	BRD	DDR	Oesterreich	USA	Gross- britannien	Frankreich	Italien	Belgien	Luxemburg	Ungarn	Schweden	Dänemark
rechtliche Regelung	1990	1987	1981	1981	1980	1981	1982	1981	1981	1981	1980	1980	1981
Vollerhebung Stichprobe	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Kombiniert (20%)	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein	Ja Nein
Teilweise auf Register ge- stützte Zählung	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein
Vollständig auf Register gestützte Zählung	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
Durchführung der Zählung Zähler	Ja	Ja	Ja	Ja oder Vorladung zur Gemeinde	Kombiniert	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	-
postalisch Name und Adresse getrennt vom Frageenteil	Ja 2)	Nein 1)	Nein	Nein		Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	-
Auskunfts- pflicht	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	-	Nein	Nein	Nein	-
Busse	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	-
Nachführen des Einwohner- registers	Ja	Ja	3)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	3)	Ja	-
	Nein	Nein	4)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	4)	Ja	-

1) Der Auskunftspflichtige hat jedoch die Möglichkeit, seine Erhebungsunterlagen auch postalisch zurückzusenden

2) Die Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, auf Antrag hin den postalischen Weg benützen zu dürfen

3) Aus den gesetzlichen Grundlagen der Zählung geht nicht hervor, ob und inwieweit eine Sanktion in Form einer Busse vorgesehen ist

4) Aus den Erläuterungen geht nicht hervor, ob eine Nachführung durchgeführt wurde